AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 6 | FREITAG, DEN 20. JANUAR | 2012

Inhalt:

	Seite
Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	69
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Sternschanze 7	69

BEKANNTMACHUNGEN

Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

Gemäß § 69 Absatz 1 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202) in der jeweils geltenden Fassung werden die Verkaufszeiten auf dem Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen wie folgt festgesetzt:

1. Änderung der Festsetzung

   Für den Bereich Obst und Gemüse werden folgende Markttage (Verkaufszeiten) festgesetzt:

   montags bis sonnabends täglich 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr.

   Für den Bereich Blumen werden folgende Markttage (Verkaufszeiten) festgesetzt:

   montags bis sonnabends täglich 3.00 Uhr bis 9.00 Uhr.

2. Ergänzung der Festsetzung

   Für den Bereich Obst und Gemüse werden folgende Markttage (Verkaufszeiten) festgesetzt:

   6. April 2012 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Karfreitag),

   17. Mai 2012 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Christi Himmelfahrt),

   24. Dezember 2012 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Heiligabend),

   31. Dezember 2012 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Silvester).

   Für den Bereich Blumen werden folgende Markttage (Verkaufszeiten) festgesetzt:

   6. April 2012 von 3.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Karfreitag),

   12. Mai 2012 von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr.

Hamburg, den 10. Januar 2012

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 69

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Sternschanze 7

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Sternschanze 7 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Lippmannstraße – Bahnanlage – Schulterblatt – Juliusstraße (Bezirk Altona, Ortsteil 207).

Das Bebauungsplanverfahren Sternschanze 7 wurde eingeleitet, um den städtebaulichen Charakter des Gebietes zu erhalten. Die vorhandenen stadtteilprägenden Nutzungen, wie Wohnen, Gewerbe, gemeinnützige Einrichtungen und Parkanlagen, sollen planungsrechtlich gesichert werden. Um das Gebiet vor städtebaulichen Fehlentwicklungen zu schützen, sollen Gastronomiebetriebe nur noch ausnahmsweise zulässig sein und Vergnügungsstätten größtenteils ausgeschlossen werden. Des Weiteren sollen Erhaltungsbereiche nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs festgesetzt werden, um die ortsbildprägenden Gebäude in ihrer städtebaulichen Eigenart zu bewahren. Der Bebauungsplan-Entwurf unterstützt damit die Ziele des Erneuerungskonzeptes für das Sanierungsgebiet Altona-Altstadt S4 – Eifflerstraße.

Da es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt, wird der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13a des Baugesetzbuchs durchgeführt. Eine Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 des Baugesetzbuchs ist nicht geplant.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 1. Februar 2012, um 19.30 Uhr in der Aula der Louise Schroeder Schule, Thedestraße 100, 22767 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab 23. Januar 2012 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, donnerstags 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie am 1. Februar 2012 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 11. Januar 2012

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 69

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Postanschrift:

vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau –

Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefon: +49/040/4 28 63 - 52 87
Telefax: +49/040/4 28 63 - 53 31

Internet-Adresse: –

Weitere Auskünfte erteilen:

Sonstige: siehe Anhang A.I

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Sonstige: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung
Bildung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau auf dem Gelände des Kunst- und Mediencampus Hamburg – Schwachstromanlagen

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauauftrag

Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischenBeschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Als Maßnahmen für den Neubau auf dem Gelände des Kunst- und Mediencampus Hamburg sind umfangreiche Installationen des Gewerkes Schwachstromanlagen erforderlich. U. a. sind diese Leistungen Infrastruktur für Telekommunikation, Behinderten-Notruf, Brandmeldeanlage, RWA-Anlagen, Fluchttürsteuerung, Zutrittskontrollsystem, Infrastruktur für IT-Netz.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214400

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Massenabschätzung: ca. 4800 m Brandmeldeleitung, ca. 550 Stück Rauchmelder und Signalgeräte, ca. 500 Stück Datendosen RJ45 2-fach CAT 6e, ca. 20 000 m CAT 7 Leitungen, ca. 1500 m LWL-Leitungen, ca. 15 000 m Videokabel, ca. 4000 m Audiokabel.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 18 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	100

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

OV – BSU/HSB 402/11 – 2008 0006

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen: –

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 22. Februar 2012

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 40,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe der Referenznummer: 4040600000004 und der Vergabenummer auf folgendes Konto:

Empfänger:

BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB –
Konto-Nr.: 200 015 60, BLZ:200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank, Verwendungszweck:
Referenz: 4040600000004 (OV 402/11),
IBAN:DE66200000000020001560,
BIC:MARKDEF1200 (Ort: Hamburg).

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn eine schriftliche Anforderung bei der in dieser Veröffentlichung benannten Kontaktstelle (Abschnitt I. Ziff. 1 bzw. Anhang A Ziff. II) und ein Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Geld wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

5. Juni 2012, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 31. Mai 2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 6. März 2012, 10.00 Uhr

Ort: Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Zimmer 357

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**: Nein

VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**: –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

9. Januar 2012

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau Hamburg –
Vergabestelle – Geschäftszimmer

Postanschrift:

Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49/040/4 28 63 - 53 31

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau Hamburg –
Vergabestelle – Geschäftszimmer

Postanschrift:

Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss,
22083 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49/040/4 28 63 - 53 31

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau Hamburg –
Eröffnungsstelle, Raum 357

Postanschrift:

Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss,
22083 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49/040/4 28 63 - 53 31

Hamburg, den 9. Januar 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

47

Auftragsbekanntmachung
Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsbereich Konstruktive Ingenieurbauwerke, Großprojekte - K4

Postanschrift:

Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsbereich Konstruktive Ingenieurbauwerke, Großprojekte - K4

Zu Händen von Herrn Abert
Telefon: +49/040/4 28 26 - 24 49
Telefax: +49/040/4 27 94 - 96 75
E-Mail: bastian.abert@lsbg.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: Sonstige

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Sonstige: Straßen- und Brückenbau

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

8-streifiger Ausbau der A 7 südlich des Elbtunnels zwischen HH-Walterhof und dem geplanten AD HH-Süderelbe (A7/A26); Hochstraße, Brückenbauwerk K20; Vergabe der Ingenieurleistungen für die Objektplanung Ingenieurbauwerke; Objektplanung Verkehrsanlagen sowie Tragwerksplanung und Besondere Leistungen.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(c) Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr.: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Dienstleistung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Projekt: 8-streifiger Ausbau der A 7 südlich des Elbtunnels zwischen HH-Walterhof und dem geplanten AD HH-Süderelbe (A7/A26); Hochstraße, Brückenbauwerke K20.

Projektbeschreibung: Der Beginn der Baustrecke liegt bei km 159+705, das Ende liegt bei km 163+542. Die Länge der Baustrecke beträgt 3,837 km. Der Ausbau von drei auf vier Fahrstreifen je

Richtungsfahrbahn ist über die gesamte Länge der Hochstraße, Brückenbauwerk K20, vorzusehen. Die Hochstraße besteht aus zwei parallel zueinander verlaufenden Brückenbauwerken mit einem lichten Abstand zwischen den Überbauten von ca. 10,50 m. Im Ausbaubereich befindet sich die Anschlussstelle HH-Waltershof. Die vorhandene Bausubstanz ist, falls sie erhalten bleiben kann, instandzusetzen. Die vorläufigen anrechenbaren Herstellkosten betragen ca. 150-200 Mio. EUR (brutto).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71320000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 42 HOAI, Lph. 1 bis 4; Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI, Lph. 2 bis 4; Objektplanung Verkehrsanlagen gem. § 46 HOAI, Lph. 1 bis 4; Besondere Leistungen: Koordinierung der beteiligten Fachplaner (bis einschl. Lph. 4 HOAI), Bauablaufplanung unter Berücksichtigung der Aufrechterhaltung des Verkehrs, Planung erforderlicher Provisorien (bis einschl. Lph. 4 HOAI), Aufstellen der Entwurfsunterlagen nach RE 85, vorläufige Ergänzung zur RE 85 (2010) (inkl. Erarbeitung von insgesamt drei alternativen Lösungsmöglichkeiten nach grundsätzlich unterschiedlichen Anforderungen; Wirtschaftlichkeitsuntersuchung), Koordination nach BaustellV während der Planung der Ausführung (bis einschl. Lph. 4 HOAI).

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: Ja

Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 42 HOAI, Lph. 6 und 7; Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI, Lph. 6; Objektplanung Verkehrsanlagen gem. § 46 HOAI, Lph. 5 bis 7, Koordinierung der beteiligten Fachplaner (in den Lph. 5 bis 7 HOAI), Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe erforderlicher Provisorien (in den Lph. 5 und 6 HOAI), Koordination nach BaustellV während der Planung der Ausführung (in den Lph. 5 bis 7 HOAI).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 40 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Haftpflichtversicherung für Personen- und Sonstige Schäden in Höhe von 1.500.000,– EUR Deckungssumme. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssumme liegt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Abschlagszahlungen werden gemäß Projektfortschritt bis zu einer Höhe von 95 v. H. der Auftragssumme ausgezahlt (siehe dazu § 8 (1) AVB-ING 2006, Fassung 2009).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen: Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet, nicht geklammert, im Format DIN A4, vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

1.) Erklärung nach § 4 Abs. 2 VOF. Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

2.) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstabe b) und c) VOF besteht, und dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 VOF vorliegen.

3.) Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistungen im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.

4.) Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

5.) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.

6.) Nachweise nach § 5 (4) c) VOF (Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz für entsprechende Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu 5.): vgl. III.1.1)

zu 6.) (§ 5 (4) c) VOF): Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn er in den letzten 3 Geschäftsjahren einen durchschnittlichen Jahresumsatz in Höhe von insgesamt mindestens 1,0 Mio. EUR bei vergleichbaren Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke Lph.1 bis 4, 6 und 7, der Tragwerksplanung Lph. 2 bis 4 und 6 und der Objektplanung Verkehrsanlagen Lph. 1 bis 7 nachweist.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

7.) Nachweise nach § 5 (5) a) VOF: Berufliche Befähigung der für die Leistung verantwortlichen Personen.

8.) Nachweise nach § 5 (5) b) VOF: Angaben des Bewerbers über vergleichbare Referenzprojekte (Referenzen des Unternehmens seit 2009, Nachweis der besonderen Kompetenz/Erfahrungen des Bewerbers in der Erbringung vergleichbarer Leistungen unter Angabe entsprechender Referenzprojekte (Leistungszeitraum, Angabe der vom Unternehmen erbrachten Leistungen für das jeweilige Projekt, Beschreibung des jeweiligen Projektes, Auftragssummen, Ansprechpartner des Auftraggebers).

9.) Nachweise nach § 5 (5) c) VOF: Angabe technische Leitung (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter).

10.) Nachweise nach § 5 (5) d) VOF: Anzahl der Beschäftigten in den letzten 3 Jahren (gesamt) und Anzahl der Beschäftigten im Bereich der geforderten Dienstleistung (Kumuliert für Objektplanung Ingenieurbauwerke (Lph. 1 bis 4, 6 und 7), Tragwerksplanung (Lph. 2 bis 4, 6) und Objektplanung Verkehrsanlagen (Lph. 1 bis 4, 5 bis 7).

11.) Nachweise nach § 5 (5) e) VOF: Angabe über die technische Ausstattung.

12.) Nachweise nach § 5 (5) f) VOF: Angaben zur Gewährleistung der Qualität.

13.) Nachweise nach § 5 (5) h) VOF: Angabe der Auftragsteile, für die unter Umständen andere Unternehmen (Unteraufträge) erteilt werden sollen.

14.) Benennung der Personen gem. § 4 Abs. 3 VOF, die die Leistungen tatsächlich erbringen inkl. Angabe über Funktion im Team und Angabe der vorgesehenen zu erbringenden Leistung(en) des jeweiligen Bearbeiters.

15.) Nachweis der Qualifikation der gemäß § 4 Abs. 3 VOF anzugebenden Person(en), insbesondere deren persönliche vergleichbare Referenzen im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen seit 2007 mit Angabe eines Ansprechpartners des Auftraggebers; dabei sind insbesondere die Nachweise zu folgenden Personen vorzulegen: Projektleiter, hauptverantwortlicher Objektplaner Ingenieurbauwerke, hauptverantwortlicher Tragwerksplaner und hauptverantwortlicher Objektplaner Verkehrsanlagen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu 8.) (§ 5 (5) b VOF): Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: Erfahrung in der Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung von Brückenbauwerken im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen mit Baukosten für ein Brückenbauwerk von > 25 Mio. EUR sowie Erfahrung in der Objektplanung Verkehrsanlagen im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen (In dem geplanten Abschnitt ist ein Brückenbauwerk mit Baukosten >25 Mio. EUR enthalten). Die vergleichbaren Referenzprojekte (zumindest Lph. 2 bis 4) wurden in den letzten 3 Jahren (seit 2009) abgeschlossen.

zu 10.) (§ 5 (5) d) VOF): Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn er in den letzten 3 Jahren (2009-2011) mindestens einen durchschnittlichen Personalbestand (Ingenieure) für vergleichbare Leistungen (kumuliert für Objektplanung Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung und Objektplanung Verkehrsanlagen) von 10 Mitarbeitern nachweist.

zu 15.): Persönliche vergleichbare Referenzen im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen in den letzten 5 Jahren (seit 2007); insbesondere die Nachweise zu folgenden Personen: Projektleiter (Hauptansprechpartner für den AG, der an sämtlichen Besprechungen teilnimmt), hauptverantwortlicher Objektplaner Ingenieurbauwerke, hauptverantwortlicher Tragwerksplaner und hauptverantwortlicher Objektplaner Verkehrsanlagen. Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die berufliche Befähigung der für die Leistung verantwortlichen Personen folgende Mindestbedingungen erfüllen:

Projektleiter: Erfahrung als Projektleiter in der Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung (jeweils zumindest Lph. 2 bis 4) von Brückenbauwerken im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen mit Baukosten für ein Brückenbauwerk von > 25 Mio. EUR sowie Erfahrung in der Objektplanung Verkehrsanlagen im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen (In dem geplanten Abschnitt ist ein Brückenbauwerk mit Baukosten >25 Mio. EUR enthalten).

Hauptbearbeiter Objektplanung Ingenieurbauwerke: Erfahrung in der Objektplanung Ingenieurbauwerke (zumindest Lph. 2 bis 4) von Brückenbauwerken im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen mit Baukosten für ein Brückenbauwerk von > 25 Mio. EUR.

Hauptbearbeiter Tragwerksplanung: Erfahrung in der Tragwerksplanung (zumindest Lph. 2 bis 4) von Brückenbauwerken im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen mit Baukosten für ein Brückenbauwerk von > 25 Mio. EUR.

Hauptbearbeiter Objektplanung Verkehrsanlagen: Erfahrung in der Objektplanung Verkehrsanlagen (zumindest Lph. 2 bis 4) im Zuge von BAB-Ausbaumaßnahmen mit Baukosten für ein Brückenbauwerk von > 25 Mio. EUR (In dem geplanten Abschnitt ist ein Brückenbauwerk mit Baukosten >25 Mio. EUR enthalten). Die persönlichen vergleichbaren Referenzprojekte wurden in den letzten 5 Jahren (seit 2007) abgeschlossen (zumindest Lph. 2 bis 4).

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Referenzen des Bewerbers (Unternehmens) = 20 %;

Referenzen des vorgesehenen Projektleiters = (Hauptansprechpartner) = 20 %;

Referenzen des hauptverantwortlichen Objektplaners Ingenieurbauwerk = 15 %;

Referenzen des hauptverantwortlichen Tragwerkplaners = 10 %;

Referenzen des hauptverantwortlichen Objektplaners Verkehrsanlagen = 10 %;

Anzahl produktive Beschäftigten = 5 %;

Umsatz bei vergleichbaren Leistungen = 10 %;

Gesamteindruck der Bewerbung = 10 %.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in auseinanderfolgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

ÖT-K4-054/12

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

16. Februar 2012, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Anfragen zum Verfahren bitte per E-Mail.

Der Teilnahmeantrag ist in Papierform einzureichen; Teilnahmeantrag bitte mit folgendem Hinweis versehen:

„ÖT-K4-054/12; 8-streifiger Ausbau A 7 südlich Elbtunnel – Hochstraße, Brückenbauwerk K20, Ingenieurleistungen; nicht vor dem 16. Februar 2012, 9.30 Uhr öffnen“.

Nach Eingangsschluss erfolgt die Auswertung der Teilnahmeanträge. Gemäß Punkt IV.1.2) wer-

den 3 bis maximal 5 Teilnehmer/Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Vergabekammer bei der
Behörde fürStadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20354 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 / 040 / 4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Fristen des § 107 Abs. 3 Ziffer 1 - 4 GWB sind zu beachten. Danach ist ein Nachprüfungsverfahrenunzulässig, soweit:

1.) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftragnehmer nicht unverzüglich gerügt hat;

2.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

4.) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Siehe Kontaktstelle unter Nummer I.1)

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

12. Januar 2012

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**: –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA)

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA)
Zimmer E 231

Hamburg, den 12. Januar 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

48

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH

Postanschrift:
Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):
Bearbeiter: Herr Wickert,
Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98 720,
Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98 99,
E-Mail: manfred.wickert@igs-hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

anderen Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Sonstiges: igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

igs 2013 Neubau Kiosk „Willi Villa“

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Planung und Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

igs 2013 Neubau Kiosk „Willi Villa“ Gründung und Bodenplatte.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand:	45.21.26.00 - 2
Ergänzende Gegenstände	45.26.22.10 - 6
	45.26.23.10 - 7

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

1 Monat ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in)

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
– Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
– Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
– Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträge.
– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
– Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
– Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	90 %
2. Technischer Wert	10 %

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

OV-IGS-048/12

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Ja, Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2011/S017-026433 vom 26. Januar 2011

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

1. Februar 2012, 12.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 15,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-048/12 an folgendes Konto:

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA,
Kontonummer 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
IBAN DE 2001 0020 03752022 05,
BIC PBNKDEFF200 (Hamburg).

Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift Anhang A II senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

7. Februar 2012, 11.15 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 16. März 2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

7. Februar 2012, 11.15 Uhr

Ort: siehe Anhang A III

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfverfahrens vor den Vergabekammern unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

13. Januar 2012

ANHANG A
SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 231

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland

Hamburg, den 13. Januar 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

49

Bekanntmachung
Öffentliche Ausschreibung

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 98

Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Hamburg, BAB A7 Elbtunnel

f) Vergabenummer: **ÖA-K5-059/12**

Wesentliche Leistungen:

Chloridsanierung durch Elektrodiffusionsverfahren an dem Stahlbetonauflager der Fahrbahnplatte.

L.: 1120,00 m am A7 Elbtunnel in der Röhre 1 (Ost).

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: 2. April 2012
Ende: 12. Juni 2012
Fertigstellungspflege bis Dezember 2015

j) Nebenangebote nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

vom 18. Januar 2012 bis 14. Februar 2012, montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

l) Höhe des Kostenbeitrages: 12,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 15. Februar 2012, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 15. Februar 2012, 9.30 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 21. März 2012.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 13. Januar 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

50

Bekanntmachung
Öffentliche Ausschreibung

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 90 / - 24 99
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Hamburg, Osterbekkanal

f) Vergabenummer: **ÖA-K5-046/12**

Wesentliche Leistungen:

Herstellung einer Stahlbrücke und Rampen-, bzw. Treppenanlagen; 42 t Stahlbau; 160 m^3 bew. Beton; 600 m^2 Korrosionsschutz; 270 m^2 Asphaltbefestigung, bzw. Abdichtung und Belag herstellen; 400 m Verpresspfähle; Erdbau.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: April 2012
Ende: Oktober 2012

j) Nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

vom 17. Januar 2012 bis 3. Februar 2012, montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

l) Höhe des Kostenbeitrages: 18,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 8. Februar 2012, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 8. Februar 2012, 9.30 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 5. März 2012.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 16. Januar 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

51

Bekanntmachung
Öffentliche Ausschreibung

a) Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Telefon: 040 / 4 28 01 - 27 87, Telefax: 040 / 4 28 01 - 19 97
E-Mail: marlies.thiele@eimsbuettel.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Straßenbauarbeiten

e) Hamburg, Stadtteil Lokstedt, Veilchenweg

f) Vergabenummer: 001/012

ca. 200 m Gehweg und Parkbuchten herstellen

ca. 75 m Graben herstellen

10 Stück Baumgruben einschließlich Bepflanzung

g) entfällt

h) Nein

i) Beginn: März 2012

Ende: Mai 2012

j) entfällt

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 26. Januar 2012 bis 7. Februar 2012 Uhrzeit: 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr, außer Freitags.

Anschrift siehe Buchstabe a)

l) Höhe des Kostenbeitrages: 24,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Kasse Hamburg

Kontonummer: 200 015 83, BLZ 200 000 00

Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: Referenz 4090830000089
Schlüsselnummer: 1001217
Deb.: 2100102220

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 7. Februar 2012, 10.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Eröffnungsstelle, Raum 1038
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 7. Februar 2012 um 10.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 2. März 2012.

w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Dezernentin

Hamburg, den 16. Januar 2012

Das Bezirksamt Eimsbüttel

52

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung beabsichtigt, die **Lieferung von Nährmitteln** – ÖA V 14/1-1/2012 – für sich und die Kooperationspartner (Fördern und Wohnen AÖR, Berufsförderungswerk Hamburg, Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH und der Elbe-Werkstätten GmbH) im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben. Der Vertrag wird zum 15. März 2012 für ein Jahr geschlossen. Der geschätzte Nettowert liegt bei etwa 136 000,– Euro pro Jahr. Zuschlagskriterium ist das wirtschaftlich günstigste Angebot. Die Einreichungsfrist läuft am 23. Februar 2012, 10.00 Uhr, ab. Interessierte Bieter können die Unterlagen per E-Mail: Luise.Rauchhaupt@justiz.hamburg.de, per Telefax: 040 / 4 28 00 - 14 64, oder schriftlich bei der Behörde für Justiz und Gleichstellung, Referat Logistik, V 14/1, Suhrenkamp 100, 22335 Hamburg, abfordern.

Hamburg, den 5. Januar 2012

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung 53

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung – V 242-11 –
Oberaltenallee 44, 22081 Hamburg

Offenes Verfahren: ÖB 001 W 2012

Liefervertrag über preisgebundene Schulbücher (einschließlich Arbeitshefte) für das Schuljahr 2012/2013

Einreichtermin: 28. Februar 2012, 10.30 Uhr

Ausschreibungsunterlagen können per E-Mail bei Frank.Werk@bsb.hamburg.de oder montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr bei der oben genannten Anschrift in Raum 430 abgeholt bzw. unter Beifügung eines Freiumschlages Größe C4 abgefordert werden. Die Unterlagen werden dann entsprechend (E-Mail oder Post) zugestellt. Schlusstermin für die Abforderung von oder Einsicht in Unterlagen ist der **13. Februar 2012, 14.00 Uhr**.

Hamburg, den 12. Januar 2012

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 54

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Glas- und Gebäudereinigung** im Bezirksamt Harburg, Haus der Jugend, Steinikestraße 20, 21073 Hamburg, für die Zeit ab 1. Juni 2012 bis auf Weiteres unter der Projektnummer **2011000119** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 22. Februar 2012, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. Mai 2012

Ausführungsfrist: 1. Juni 2012 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,– Euro an die Postbank Hamburg, Kontonummer 391 336 206, BLZ 200 100 20, IBAN: DE02 2001 0020 0391 3362 06, BIC: PBNKDEFF, unter Angabe der Projektnummer 2011000119 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 16. Januar 2012

Die Finanzbehörde 55

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

417 K 13/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Duwockskamp 3 a belegene, im Grundbuch von Bergedorf Blatt 6474 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/2 Miteigentumsanteil an dem 838 m² großen Flurstück 4022, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoss, im Aufteilungsplan mit Nummer 1 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem 1972 errichteten und 1979 renovierten sowie erweiterten Zweifamilienhaus mit Flachdach in Holzkonstruktion, aufgeständert auf Betondecke. Massivbau mit Gelbklinkerfassade, Vollkeller sowie je eine Garage als Anbau und im Keller. Das Objekt besitzt je eine Wohneinheit im Erdgeschoss und im Obergeschoss. Zur Wohneinheit im Erdgeschoss (WE Nummer 1) gehört die ebenerdig angebaute Garage, das im Keller befindliche Schwimmbad, eine Sauna nebst Aufenthaltsraum. Die Wohnfläche im Erdgeschoss (WE Nummer 1) beträgt nach Angaben des Gutachters etwa 145,97 m², verteilt auf Schlaf-, Arbeits- und Wohnraum, Kinderzimmer, Diele, Vollbad, Küche, Kaminraum und überdachter Terrasse. Im Keller gehören dazu Gäste-WC, 2 Kellerräume, ein großer Aufenthaltsraum nebst Schwimmbad und Sauna mit einer Nutzfläche von etwa 146,91 m². Eine weitere Fläche von 79,95 m² im Keller steht im Gemeinschaftseigentum. Gaszentralheizung. Guter baulicher Zustand, teils hochwertiger Innenausbau. Wärmedämmung bauzeitüblich. Wegen der Beschreibung wird auf das Gutachten ausdrücklich hingewiesen. Die Nutzung des WE Nummer 1 erfolgt durch den Eigentümer.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 440 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 9. März 2012, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 312, montags, dienstags, donnerstags und freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 91 - 23 93 / -21 63.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. April 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 20. Januar 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf

Abteilung 417 56

Zwangsversteigerung

616 K 61/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen 1) das in 21109 Hamburg, Kirchdorfer Straße 32 a belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8768 (Flurstück 11 469; Größe 5219 m²) auf den Namen Mertin Demir und Neslihan Demir in Gesellschaft bürgerlichen Rechtes eingetragene Wohnungseigentumsrecht (Wohnung und Räume I/8 gemäß Aufteilungsplan) und 2) die in 21109 Hamburg, Möhlenhoff belegenen, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8748 (Flurstücke 11 470 und 11 468; Größe 1761 m²) auf den Namen Mertin Demir und Neslihan Demir in Gesellschaft bürgerlichen Rechtes eingetragenen Anteile Nummer 1 j und 1 k an dem Teileigentumsrecht (Grünanlage Möhlenhoff), durch das Gericht versteigert werden.

Mittelreihenhaus in einer Viererzeile; Baujahr 2005; Wohnfläche etwa 109,77 m²; Erdgeschoss mit Wohn-Essbereich, Küche, WC, Flur, Terasse mit Kellerersatzraum; Obergeschoss mit 2 Zimmern, Flur, Bad; Dachgeschoss mit Schlafzimmer und Duschbad; Gaszentralheizung; ein Kfz-Stellplatz in einem Doppel-Carport. Das Gebäude wird durch die Eigentümer genutzt. Nach Teilungserklärung sind beide Immobilien vorrangig gemeinsam zu veräußern.

Verkehrswerte gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 175 000,– Euro für das gesamte Wohnungseigentumsrecht; 0,– Euro für die Anteile an dem Teileigentumsrecht.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 20. März 2012, 9.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 25. Oktober 2010 in die Grundbücher eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 20. Januar 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg

Abteilung 616 57

Zwangsversteigerung

717 K 5/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kattunbleiche 24 belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 9576 eingetragene 1061 m² große Grundstück (Flurstück 674), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem eingeschossigen, nichtunterkellerten Bürogebäude, einem eingeschossigen Lagerschuppen und einer eingeschossigen Lager- und Werkstatthalle mit Bürobereich und Hallenflächen bebaut. Das Ursprungsbaujahr ist unbekannt. Die Gesamtnutzfläche beträgt etwa 560 m². Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung dezentral über Elektroeinzelgeräte. Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nur teilweise ermöglicht. Das Grundstück befindet sich im Bereich einer Grundwasserverunreinigung, die allerdings nicht vom Versteigerungsgrundstück ausgeht. Am Tage der Ortsbesichtigung war das Grundstück vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 420 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 28. März 2012, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 81 - 29 10 / - 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. Februar 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 20. Januar 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek

Abteilung 717 58

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)
DESY Ausschreibungsnummer: C2007-12

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) **Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung
DESY C2007-12
Angebotstermin 6. Februar 2012“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) **Art und Umfang der Leistung:**

Lieferung von

Los 1: 30 Stück Edelstahlblock Wst.: 1.4429 ESU, lösungsgeglüht, geschmiedet, vorgefräst auf 165 x 100 x 280 mm

Los 2: 100 Stück Edelstahlblock Wst.: 1.4429 ESU lösungsgeglüht, geschmiedet, vorgefräst auf 100 x 60 x 355 mm

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) **Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:** Losweise Vergabe ist vorgesehen.

f) **Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:** entfällt

g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

schnellst möglich

h) **Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Dietsch/Frau Grantz
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **26. Januar 2012** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **6. Februar 2012**

Ablauf der Bindefrist: **9. März 2012**

j) **Geforderte Sicherheiten:**

Beträgt die Gesamtsumme des Auftrages 50.000,– Euro +MwSt. und mehr, wird eine Sicherheit in Höhe von 5% der Gesamtsumme für die Dauer der Verjährungsfrist für Mängelansprüche einbehalten. Eine Ablösung durch Bürgschaft ist möglich.

k) **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) **Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) **Vervielfältigungskosten:** entfällt

n) **Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 12. Januar 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

59

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)
DESY Ausschreibungsnummer: C2008-12
Kohlenstoff-/Schwefel Analysensystem

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) **Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

Lütcke & Wulff
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

C 1160

PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt

„Öffentliche Ausschreibung
DESY C2008-12
Kohlenstoff-/Schwefel Analysensystem
Angebotstermin 30. Januar 2012

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Im Wege einer öffentlichen Ausschreibung nach VOL/A soll ein Kohlenstoff-/Schwefel Analysensystem beschafft werden.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:

gemäß Vergabeunterlagen

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

schnellst möglich

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **23. Januar 2012** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **30. Januar 2012**

Ablauf der Bindefrist: **15. März 2012**

j) Geforderte Sicherheiten:

Beträgt die Gesamtsumme des Auftrages 50.000,– Euro + MwSt. und mehr, wird eine Sicherheit in Höhe von 5% der Gesamtsumme für die Dauer der Gewährleistung einbehalten.

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Referenzen (Beschreibung) über bereits erbrachte Leistungen der geforderten Art mit Nennung von Kontaktdaten des Auftraggebers.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 12. Januar 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 60

Gläubigeraufruf

Die Firma **Hamburger Immobiliendienst Husemann GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 49188) mit Sitz in Hamburg, Feldbrunnenstraße 41, 20148 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 27. Dezember 2011

Der Liquidator

Hubert Husemann 61

Gläubigeraufruf

Der Verein **Bauschutz e.V.**, Semperstraße 24, 22303 Hamburg, ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, ihre Ansprüche gegen den Verein bei dem Liquidator Rechtsanwalt Michael Seitz, Semperstraße 24, 22303 Hamburg, anzumelden.

Hamburg, den 3. Januar 2012

Der Liquidator 62

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).